



Matthias W. Birkwald, MdB

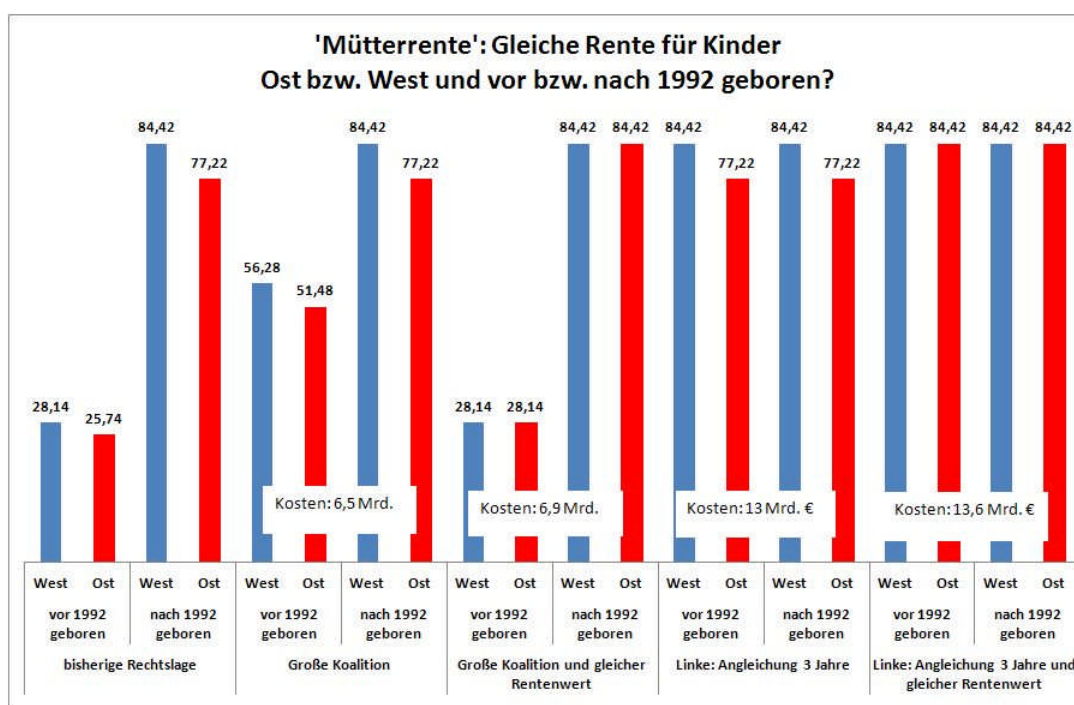
Bundestagsfraktion DIE LINKE.  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215  
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de

20.12.2013

**Mütterrente schließt Gerechtigkeitslücke nicht. Eine einheitliche Bewertung von Kindern im Rentenrecht würde gerade einmal 400 Millionen Euro kosten.**



### Sachverhalt:

Die ungleiche Anerkennung von Kindererziehungszeiten für die spätere Rente ist und bleibt eine der irrwitzigsten Ungerechtigkeiten im deutschen Rentenrecht: Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, bekommen Mütter (oder auch Väter) im Westen aktuell 28,14 Euro mehr Rente im Monat. Mütter, deren Kinder im Osten erzogen wurden, bekommen 25,74 Euro. Das sind im Jahr 30 Euro Rente weniger. Für Kinder, die 1992 und später geboren wurden, bekommen Rentnerinnen und Rentner im Westen 84,42 Euro und nur 77,22 Euro im Osten. Von dieser Diskriminierung sind nach Auskunft der Deutschen Rentenversicherung zwei Millionen ostdeutsche Frauen betroffen.

Auf ein Jahr hochgerechnet bedeutet das: Eine Mutter aus Leipzig, deren Kind 1971 geboren wurde, bekommt zu heutigen Werten 700 Euro weniger Rente als eine Mutter aus Köln, deren Kind 1993 geboren wurde.

Vor der Wahl hatte die SPD die ungleiche Bewertung von Kindern aus Ost und West noch lautstark kritisiert: „Die bestehende Ungleichbehandlung, dass rentenrechtlich

Presseinformation



Matthias W. Birkwald, MdB

Bundestagsfraktion DIE LINKE.  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215  
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: [matthias-w.birkwald@bundestag.de](mailto:matthias-w.birkwald@bundestag.de)

*pauschal bewertete Versicherungszeiten noch immer unterschiedlich in Ost und West bewertet werden, gehört dazu. Eine Erziehungszeit, die heute in Ostdeutschland erbracht wird, ist genauso viel Wert wie in den alten Bundesländern und muss nach 20 Jahren deutscher Einheit mit derselben Rentenanspruchshöhe versehen werden.“ (Bundestagsdrucksache 17/6487).*

Die vorgeschlagene Regelung – die sog. Mütterrente – wird diesem Anspruch nicht gerecht! Obwohl im Koalitionsvertrag steht: „Diese Gerechtigkeitslücke werden wir schließen“, sollen im kommenden Jahr Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zwei statt einem Rentenpunkt gutgeschrieben bekommen. Damit erhöht sich deren Rente im Westen monatlich um 28,14 Euro, im Osten um 25,74 Euro brutto. Weder die ungleiche Behandlung von Müttern aus Ost- und Westdeutschland noch die Ungleichbehandlung nach dem Geburtsjahr wird beseitigt. Die Mutter aus Leipzig bekommt jährlich immer noch 400 Euro weniger als die Mutter aus Stuttgart. 23 Jahre nach der Einheit ist das skandalös.

#### **Ergebnisse der Antwort der Bundesregierung vom 11. Dezember 2013 auf eine schriftliche Frage des rentenpolitischen Sprechers der LINKEN im Bundestag, Matthias W. Birkwald**

Wir haben vor diesem Hintergrund die Bundesregierung gefragt, wie viel eine einheitliche Bewertung von Kindern unabhängig ob Ost oder West kosten würde. Die Bundesregierung geht von folgenden Größenordnungen aus. Nach heutiger Rechtslage (1 Entgeltpunkt für Kinder vor 1992 und 3 Entgeltpunkte für Kinder nach 1992) würde eine Angleichung Ost West jährlich 0,2 Milliarden Euro Mehrkosten verursachen. Für eine ost-west-unabhängige Besserstellung, wie sie die Große Koalition plant, wären nur 0,4 Milliarden zusätzlich zu finanzieren und für eine vollständige Gleichstellung wie sie DIE LINKE fordert 0,6 Milliarden Euro.

#### **O-TON Matthias W. Birkwald:**

„Vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung jährlich drei Milliarden Euro in die unsinnige Riesterförderung pumpt, sind 0,4 Milliarden für eine Ost-West-Gleichstellung bei den Kinderziehungszeiten realistisch und finanzierbar. SPD und CDU/CSU behaupten jetzt: Spätestens 2020 käme die Angleichung der Renten in Ost und West. Statt die überfällige und von der schwarz-gelben Koalition abgesagte Angleichung der Ost-Renten umgehend auf die Tagesordnung zu setzen, spielt die große Koalition auch hier auf Zeit. Erst 2016 soll geprüft werden, ob ab 2017 eine Teillageichung notwendig ist, um 2020 gleiche Rentenwerte zu erreichen. Das ist inakzeptabel! Der Osten hat die Nase voll von Prüfaufträgen und gebrochenen Versprechen. Die Angleichung muss sofort gestartet werden. Denn: Jedes Kind muss der Gesellschaft gleich viel wert sein, egal ob es in Leipzig oder in Köln, 1971 oder 1993 geboren wurde.“

Die Anerkennung von Erziehungsleistungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie darf Mütter nicht weiter ungleich behandeln und sie muss aus Steuern finanziert werden! Da hat Herr Seehofer ausnahmsweise Recht!“

Presseinformation